

# Dresdner Volkszeitung

Redaktion: Dresden  
Nr. 1268, Raben & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Berichter: Königliche Staatsdruckerei,  
Dresden, Bank & Scheller, Anger-  
gasse 2, Dresden, W. G. Dresden,  
Schreiber Knobold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Sitzungen im nämlichen Ort, ist es durch oder ohne Eintritt höherer Gewalten, hat der Besitzer der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückentgeltung des Bezugserlöses oder auf Nachlieferung der Zeitung

Reisbüro mit der täglich Unterhaltungszeitung „Leben, Kunst, Kultur“ sowie der illustrierten Wochenendzeitung „Der Sonntag“ monatlich 2,40 M. einmal ab 10 Uhr. (Bringerlohn.) Volkszeitung nur bei Sonntag 1,50 M. zugleich Volt und Zusatzzeitungen abholen.

Schreiber: Mittwochabend 10. Hermannstr. Nr. 26 261. Durch-  
kunde nur zwischen 12 bis 1 Uhr.  
Geldanzeige: Mittwochabend 10. Hermannstr. Nr. 26 261 u. 12 207.  
Geldanzeige von 12 bis 1 Uhr bis 6 Uhr nachmittags  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Mietanzeige: Die 50 mm breite Monatszeitung 25 Pf., die  
90 mm breite Reklamegegen 2 M., für auswärts 40 Pf. u. 2,00 M.  
abfällig Preisstellung laut Carl. Domänenangebot. Stellen- u.  
Mietanzeige 20 Pf. netto. Für Briefniederleg. 10 Pf. Einzelne 10 Pf.

Nr. 289

Dresden, Sonnabend, den 10. Dezember 1932

43. Jahrgang

## Unser Schlag erfolgreich!

Die brutalste Sozialreaktion abgewehrt - Die SPD. führend im Kampf

Der Reichstag hat am Freitag den sozialpolitischen Teil der Papen-Notverordnung vom 4. September mit den Stimmen aller Parteien bei Einzelmehrheit der Deutschen Nationalen aufgehoben. Damit ist die Aktion, die die Sozialdemokratie am 12. September durch den Antrag auf Einleitung des Volksbegehrens begonnen hat, erfolgreich abgeschlossen. Das Regime, dem mit dem sozialpolitischen Teil der Notverordnung verbundener Anschlag auf die sozialen Rechte und die Gewerkschaftsarbeit der Arbeiterklasse abgewehrt zu haben, kann in dieser Linie die Sozialdemokratie für sich in Anspruch nehmen.

Mit diesem Beschluss des Reichstags verschwindet aber nicht nur die in der Notverordnung vom 4. September enthaltene Generalermächtigung für die Regierung, jede ihr

auszogende Veränderung in der sozialpolitischen Gesetzgebung vorzunehmen, sondern es wird auch der Notverordnung vom 5. September der Boden entzogen. Diese Notverordnung brachte den Einbruch in das Tarifrecht, die zwangsweise Lohnkürzung bei Neuinstellung von Arbeitskräften bzw. Verkürzung der Arbeitszeit. Auch diese Bestimmungen, gegen die sich der unmittelbare Widerstand der Arbeiter losert in zahlreichen Streikbewegungen äußerte, sind damit erledigt.

Der passive Widerstand, den die Regierung Papen dem sozialdemokratischen Antrag auf Einleitung des Volksbegehrens entgegensezte, hat zwar die Befestigung des sozialreactionären Teils der Notverordnung verzögert, aber nicht verhindern können. Das gleiche ist von den Kom-

munisten zu sagen. Auch ihre Haltung war zweifelhaft, unvoraussichtlich und gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtet. Statt das Verlangen der Sozialdemokratie nach einem Volksbegehr zu unterstützen, befürworteten es die Kommunisten. Sie lieferten der Regierung Papen damit erst die Möglichkeit, sich jeder Steigungnahme zu dem Volksbegehrerantrag der Sozialdemokratie zu entziehen.

Die Wahrung der Rechte und Interessen der Arbeiterklasse blieb auch in diesem Falle wie immer allein der Sozialdemokratie überlassen, die durch ihr Vorgehen auch die bürgerlichen Parteien zwang, von der brutalen Form der Reaktion, wie sie das Papen-Regiment verkörperte, abzurücken.

## Nazipartei stützt Schleicher-Kurs

Reichstag mit NSDAP-Hilfe vertagt - Flucht vor Misstrauensanträgen

### Die sofortige Winterhilfe wurde verschoben

Aus dem Reichstag wird uns geschehen:

Im Reichstag begann am Freitag, vormittags 11 Uhr, eine Dauerförmung. Zunächst wurde das Stellvertretungsgesetz für den Reichspräsidenten mit verfassungswidriger Mehrheit angenommen. Gegen das Gesetz stimmten nur die Kommunisten und die Deutschen Nationalen. Das Gesetz bestimmt, daß im Falle der Verhinderung des Reichspräsidenten die Stellvertretung durch den Präsidenten des Reichsgerichts wahrgenommen wird. Das gleiche gilt für den Fall einer vorzeitigen Erledigung der Präsidentschaft bis zur Durchführung der Neuwahlen.

Das Haus setzte dann die Beratung der zahlreichen Anträge auf Aufhebung oder Veränderung Papenscher Notverordnungen

Fest. Für die Sozialdemokratie sprach der Gewerkschaftsführer Reinhart. Er wies nach, daß der Papensche Plan fehlgeschlagen ist. Mehr als 500 000 Arbeiter sollten noch der Arbeit Papens in ihrem Lohnniveau auf die stark gefürchteten Söhne von 26 000 Reichsarbeitern herabgedrückt werden. Die Sozialdemokratie stelle dem kontraktiven Papen-Plan einen konstruktiven Plan für Arbeitsbeschaffung gegenüber. Nicht Verkürzung, sondern Stärkung des Massenstaates sei die Lösung. Mit dem Lohnabbau müsse Schluss gemacht werden, die Entwicklung habe der Sozialdemokratie recht gegeben. Es sei notwendig und möglich, eine Milliarde Weißmark aus Anleihemitteln für Arbeitsbeschaffung heranzubringen. Außerdem sei die gelegliche Verkürzung der Arbeitszeit erforderlich. Gestige Vorwürfe machten sich mehrere Nationalsozialisten und Kommunisten, weil sie sich gegenwärtig die Schuld an dem Scheitern des Berliner Verkehrsarbeiterstreiks zuschoben.

### Ein großer Erfolg der SPD.

Ein vom Zentrum eingebrochener Gesetzentwurf und damit ein gleichlautender Entwurf der Sozialdemokratie, der die Aufhebung des zweiten Teils der sozialpolitischen Maßnahmen der Notverordnung vom 4. September fordert, wurden gegen die Stimmen der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei angenommen. Damit hat die Sozialdemokratie in diesem Reichstag einen ersten bedeutenden Erfolg erzielt. Es handelt sich um die Aufhebung der allgemeinen Ermächtigung der Reichsregierung zur Abänderung von sozialpolitischen Gesetzen und Ermächtigung zur Verhängung von Tarifen. Dieser Gesetzentwurf entspricht dem Inhalt des von der Sozialdemokratie eingeleiteten Volksbegehrens. Bei den weiteren Abstimmungen ergibt sich eine

hochpolitische Situation. Es liegen sowohl von der Sozialdemokratie wie von den Kommunisten Anträge auf allgemeine und vollständige Aufhebung der Papenschen Notverordnungen vor. Die Nationalsozialisten haben bisher sowohl gegenüber dem Reichskanzler Brüning wie gegenüber dem Reichskanzler Papen die Aufhebung der Notverordnungen durch den Reichstag gefordert. Jetzt machen sie unter Führung Dr. Greifs allerlei parlamentarische Manöver, um zu verhindern, daß über die Aufhebung der Notverordnungen eine Entscheidung getroffen würde. Ihre Taktik ließ darauf hinaus, im Sinne ihrer Tolerierungspolitik das Kabinett Schleicher der Reichsregierung keine Schwierigkeiten zu machen, sondern die gesamten Anträge zu den Notverordnungen an den Ausschuß zu überweisen. So wurden mit den Stimmen der Nationalsozialisten einschließlich der übrigen bürgerlichen Parteien alle zu den Notverordnungen gestellten Anträge zur Aufhebung auf den Ausschuß überwiesen. Dieses Schicksal ereilte auch den sozialdemokratischen Antrag auf eine Winterhilfe an die Notleidenden.

Der Abgeordnete Löbe machte darauf aufmerksam, daß dadurch der sozialdemokratische Antrag auf Winterhilfe in Gefahr sei, nicht mehr erledigt zu werden; denn der Antrag müsse ja nach der Beratung im Haushalttausch noch vor Weihnachten im Plenum des Reichstages erledigt werden, und es seien auch Beratungen im Gang, eine längere Verhandlung des Reichstages zu erreichen. Er verlangte, daß der Haushalttausch sofort zusammenentrete und noch vor Weihnachten das Plenum sich mit dem Antrag beschäftige. Der sozialdemokratische Antrag auf Winterhilfe und einige andere beratige Anträge wurden dem Haushalttausch überwiesen. Dessen kommunistischer Vorsitzender hat nun die Aufgabe, für beschleunigte Erledigung des sozialdemokratischen Antrages zu sorgen.

### Die Amnestie

Abg. Löbe (Soz.) beantragte, als die zweite und dritte Beratung der Amnestievorwürfe ausgerufen wurde, die Unterbrechung der Sitzung um eine halbe Stunde, weil zu Abänderungsanträgen Stellung genommen werden müsse. Nach der Wiedereröffnung der Sitzung erklärte der deutschnationale Abgeordnete Götz, daß seine Partei die Amnestie einer schwarz-rot-braunen Parteikonstellation ablehne. Der Kommunist Koska sprach die Zustimmung seiner Fraktion zur Amnestievorlage aus, obwohl diese den kommunistischen Wünschen nicht weit genug entgegenkomme.

Der Sozialdemokrat Dr. Marum sagte, daß die Sozialdemokratie nur mit Unbehagen an die Amnestie herantrete. Durch häufige Amnestie werden der politische Terror, der politische Mord und die Verleumdung von Männern und Frauen des öffentlichen Lebens beginnen. Dennoch sei die Amnestie notwendig angesichts der Blut- und Schadensurteile der letzten Monate. Bei manchen Richtern sei Vorwiegendheit aus ihrer Klassenherkunft vorhanden, man brauche nur auf den Unterschied der Bevölkerung

von Hochverrätern rechts und links hinzuweisen. Die Sozialdemokratie werde gegen den Zentrumsantrag stimmen, der diejenigen aus der Amnestie ausnehme, die Serienarbeit in der Reichswehr und in der Polizei getrieben hätten. Obwohl die Sozialdemokratie diese Serienarbeit in den Organisationen der Staatswaffe verurteilte, sehe sie nicht ein, warum diese Täter von der Amnestie ausgeschlossen werden sollen.

Der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Frank versuchte durch wütige Aussäße gegen die Sozialdemokratie Sturmzügen herzorzuführen. Es gelang ihm aber nicht, Seine Bekämpfung, daß die Nationalsozialisten in einigen Wochen die Macht antreten würden, entfachte hiermit die Gewalt. Biederholz fand es während seiner Rede zu beinahe handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen Deutschen Nationalen und Nationalsozialisten. Die Nationalsozialisten nannten z. B. die Deutschen Nationalen Zeitungen Judenpreise.

Das Amnestiegesetz wurde mit 396 Stimmen gegen 144 Stimmen bei vier Enthaltungen angenommen. Es hat die verfassungswidrige Mehrheit erhalten.

### Die Nazis in der Regierungsfrente

Der Staatssekretär Planck von der Reichskanzlei gab für die Regierung die Erklärung ab, daß sie bereit sei, als Winterbeihilfe Maßnahmen zu treffen, soweit die finanzielle Lage des Reiches es zulasse. Die Regierung werde sich bemühen, im Auschluß zu einer Verständigung mit den Parteien des Hauses zu kommen. Reichstagspräsident Esser schlägt nur die Verhandlung des Reichstags vor mit der Maßgabe, dem Präsidenten die Ermächtigung zu erteilen, den Reichstag im Einvernehmen mit dem Altersausschuß einzuberufen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Löbe bezeichnet die Mitteilungen des Staatssekretärs als so unbestimmt, daß der Reichstag sich sein Mitbestimmungsrecht nicht nehmen lassen dürfe. Er beantragt,

daß der Haushalttausch und der Sozialpolitische Ausschuß noch am Sonnabend die sozialdemokratischen Anträge auf Winterbeihilfe beraten sollten.

Die dritte Sitzung könne dann in einer Sitzung des Reichstags am Montag vorgenommen werden. Also be-

### Böllerbund veragt

Japan kann weiter die Mandchurie besetzen

T. Genf, 9. Dezember. (Pg. Drahtber.) Trotz allen Reden der Vertreter kleinerer Staaten zum Mandchuriekonflikt hat sich die Böllerbundversammlung am Freitag vor den Drohungen Japans und der ausweichenben Taktik der Großmächte in keinem Verschärfen zurückgezogen. Alle Reden und Anträge wurden dem Neunzählerausschuß überwiesen, der Vorschläge für eine Lösung des Mandchuriekonflikts im Sinne einer Verständigung zwischen den Parteien ausarbeiten und der Böllerbundversammlung in möglichster Sicht überreichen soll. Im Januar soll dann ein "Verständigungskomitee" zusammentreten, dem wahrscheinlich ein Konjurat und Amerika angehören werden.

Die Böllerbundversammlung vertrat es auf weiteres.

Es kann Japan ruhig weiter seinen Krieg in China führen und beliebige Laster schaffen. Seine Regierung hat keine Macht zu haben, daher hat Böllerbund kein Sorg.